

Eine Runde weiter

Mitten in der Vorrunde der Fußball-Weltmeisterschaft werden heute die Vorschläge der Rentenkommission der Bundesregierung veröffentlicht. Das ist zunächst einmal ein merkwürdiges Zusammentreffen. Während Millionen Menschen auf Tabellen, Punkte, Torverhältnisse und mögliche Achtelfinalgegner schauen, liegt ein politisches Reformpaket auf dem Tisch, das seinerseits die Frage stellt: Kommen wir als Gesellschaft eine Runde weiter?

Natürlich hinkt jeder Vergleich. Die Rente ist kein Fußballspiel. Alterssicherung ist kein Turnier. Menschen mit gebrochenen Erwerbsbiografien, mit gesundheitlichen Einschränkungen, mit Angst vor Altersarmut oder mit Sorge um die Beitragslast ihrer Kinder sind keine Spieler auf einem Platz. Und doch ist das Bild nicht ganz falsch. Denn auch hier geht es um ein gemeinsames Spiel. Nicht im oberflächlichen Sinn von Taktik und Wettbewerb, sondern im ernstesten Sinn: Können wir noch miteinander handeln? Können wir Interessen, Erfahrungen, Ängste und Pflichten so aufeinander beziehen, dass daraus nicht nur Streit, sondern Zukunft entsteht?

Bei der Lektüre der 33 Vorschläge fällt ausgerechnet Empfehlung 10 besonders auf. Dort geht es um das Fallmanagement der Träger der gesetzlichen Rentenversicherung, um berufsbezogene Gesundheitsvorsorge, um wissenschaftliche Begleitung, um mögliche zusätzliche Checks in einem späteren Alter, um Wiedereingliederungsversuche aus der Erwerbsminderungsrente und um rentennahe Jahrgänge, die gesundheitlich nicht mehr in ihrem bisherigen Berufsfeld arbeiten können.

Das klingt zunächst nicht nach kalter Spartechnik. Im Gegenteil. Da tauchen Formulierungen auf, die man in der Sozialverwaltung gern öfter lesen würde. Da wird nicht nur gerechnet. Da wird nach Übergängen gefragt. Nach konkreten Lebenslagen. Nach beruflicher Wirklichkeit. Nach Menschen, die nicht einfach in eine abstrakte Kategorie passen. Nach solchen, die trotz gesundheitlicher Einschränkungen noch einmal arbeiten möchten. Und nach anderen, denen man kurz vor der Rente nicht zumuten sollte, sich noch einmal in völlig neue berufliche Anpassungsqualifizierungen hineinzuzwingen, obwohl ihre Kräfte und ihre Lebenszeit etwas anderes sagen.

Hier liegt ein idealistischer Kern. Vielleicht sogar ein erstaunlich moderner. Die Rentenversicherung wäre dann nicht nur die Behörde, die Anträge bearbeitet, Fristen prüft und Bescheide verschickt. Sie könnte zu einem Ort werden, an dem Verwaltung wieder konkreter, genauer, menschlicher wird. Ein Mensch erscheint dann nicht nur als Rentenfall, Kostenfaktor oder medizinisches Gutachten. Er erscheint als Person mit Geschichte, Beruf, Belastung, Möglichkeiten, Grenzen und Würde.

Genau darin liegt die Chance. Und genau darin liegt die Gefahr.

Denn Empfehlung 10 steht nicht allein. Sie steht im Kontext eines großen Reform- und Stabilisierungspakets. Es geht um finanzielle Belastbarkeit, um Beitragszahler, um Renteneintrittsalter, um Kapitaldeckung, um generationengerechte Finanzierung. All das ist nicht illegitim. Natürlich muss ein Rentensystem bezahlt werden. Natürlich kann eine Gesellschaft nicht unbegrenzt alte Versprechen verlängern, wenn sich Lebenserwartung, Erwerbsbiografien, Demografie und Wirtschaft verändern. Wer so tut, als brauche es keine Neuordnung, redet sich die Wirklichkeit schön.

Aber ein gutes Instrument kann kippen, wenn es in den falschen Wind gerät.

Das Fallmanagement kann menschenfreundlich sein. Es kann Menschen helfen, nicht zwischen Krankenkasse, Arbeitgeber, Rentenversicherung, Reha-Einrichtung, Arbeitsagentur und medizinischem Dienst verloren zu gehen. Es kann Wege öffnen, die sonst niemand sieht. Es kann Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rentenversicherung stärken, weil sie ihre Fachlichkeit nicht nur in Aktenvermerken, sondern in wirklicher Begleitung einsetzen können.

Es kann aber auch zu einem Steuerungsinstrument werden. Dann lautet die heimliche Frage nicht mehr: Was braucht dieser Mensch? Sondern: Wie verhindern wir möglichst lange den Rentenzugang? Wie halten wir jemanden möglichst kostengünstig im System? Wie vermeiden wir Erwerbsminderungsrente? Wie erfüllen wir Kennzahlen?

Dann wird der idealistische Kern vom Jetstream des Sparzwangs erfasst. Die einzelne Mitarbeiterin mag das Beste wollen. Der einzelne Fallmanager mag freundlich, klug und gewissenhaft handeln. Aber wenn das ganze System unausgesprochen in Richtung Einsparung, Vermeidung und Verschiebung zieht, verändert sich der Sinn des Instruments. Dann wird aus Begleitung Druck. Aus Hilfe Aktivierung. Aus Würdigung Steuerung.

Darum braucht dieses Reformpaket mehr als Zustimmung oder Ablehnung. Es braucht eine wohlwollend-kritische öffentliche Begleitung.

Wohlwollend, weil man einem neuen Instrument nicht schon vor dem ersten Spieltag unterstellen sollte, dass es missbraucht wird. Kritik kann auch so alt aussehen wie die Institutionen, die sie bekämpft. Sie kann aus Gewohnheit misstrauen, bevor die Wirklichkeit überhaupt sprechen durfte. Wenn ein Instrument die Möglichkeit enthält, Menschen besser zu begleiten, dann verdient es eine faire Erprobung.

Kritisch, weil gute Absichten allein nicht genügen. Gerade menschenfreundliche Begriffe brauchen Schutz. „Fallmanagement“, „Wiedereingliederung“, „Gesundheitsvorsorge“, „Teilhabe“ — das alles kann Sprache der Würde sein. Es kann aber auch Sprache der Verwaltung werden, die den Menschen noch genauer erfasst, ohne ihn wirklich freier zu machen.

Vielleicht braucht gerade deshalb der Begriff Evaluation in diesem Fall einen Vorschuss an Vertrauen. Ich gebe zu: Ich mag das Wort nicht besonders. Es riecht schnell nach Tabellen, Berichtspflichten, Zielindikatoren und Projektlogik. Aber hier könnte Evaluation etwas anderes sein. Nicht Bilanzkontrolle. Nicht die Frage: Wie viele Rentenfälle wurden vermieden? Sondern Aufmerksamkeit.

Was geschieht wirklich? Fühlen sich Menschen besser gesehen? Werden Übergänge früher erkannt? Erleben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rentenversicherung ihr neues Instrument als Erweiterung ihrer Professionalität oder als versteckten Druck? Wird ein älterer Mensch mit gesundheitlicher Einschränkung respektvoll begleitet — oder nur etwas länger im Erwerbssystem gehalten? Wird jemand, der noch einmal arbeiten möchte, ermutigt — oder jemand, der nicht mehr kann, beschämt?

Eine solche Evaluation wäre nicht misstrauisch. Sie wäre menschenfreundlich. Sie würde nicht nachträglich kontrollieren, ob ein politischer Plan funktioniert hat. Sie würde das gemeinsame Lernen organisieren.

Und damit sind wir bei der Frage der Leitung.

Eine Regierung kann sich nicht hinter einer Expertenkommission verstecken. Expertise ist wichtig. Sie ordnet Wissen, rechnet Szenarien durch, beschreibt Optionen, macht blinde Flecken sichtbar. Aber politische Leitung beginnt erst dort, wo aus Expertise eine tragende Erzählung wird. Eine Regierung muss sagen können, was sie sieht, was sie zumutet, was sie schützt und wohin sie mit der Gesellschaft will.

Das ist nicht dasselbe wie ein breitbeiniger Managergestus. Wer heute so tut, als kenne er die Gesellschaft von morgen schon genau, macht sich eher unglaublich. Die Zukunft lässt sich nicht mehr aus den großen Versprechen der Vergangenheit zusammensetzen. Weder das Versprechen unbegrenzten Wachstums noch das Versprechen immer gleicher Sicherheiten noch das Versprechen, man könne Zumutungen einfach an kommende Generationen weiterreichen, trägt unverändert weiter.

Aber daraus folgt nicht Führungslosigkeit. Leitung heißt nicht, den Ausgang schon zu besitzen. Leitung heißt, die Fäden zusammenzuhalten.

Vielleicht ist die Regierung in einer solchen Situation nicht der Trainer der Nation. Das Bild ist verführerisch, aber auch schief. Ein Trainer hat eine Mannschaft gegen eine andere. Eine demokratische Regierung hat die Aufgabe, unterschiedliche Gruppen nicht bloß gegeneinander aufzustellen, sondern spielfähig zu machen. Sie muss die Spielidee erklären. Sie muss die Regeln schützen. Sie muss Kritik nicht als Sabotage behandeln. Sie muss Fachlichkeit stärken. Sie muss Zumutungen benennen. Und sie muss nach dem ersten Spieltag bereit sein, aus der Wirklichkeit zu lernen.

Das wäre eine neue Form politischer Leitung: nicht allwissend, nicht autoritär, nicht bloß moderierend, sondern hermeneutisch. Sie deutet die Gegenwart so, dass Menschen sich in ihr orientieren können. Sie gibt keine fertige Zukunft aus, sondern beschreibt, warum ein gemeinsamer Anfang nötig ist.

Dann könnte man sagen: Wir stehen nicht vor einer Rentenreform, weil eine Kommission ein Papier geschrieben hat. Wir stehen vor einer Rentenreform, weil sich die Bedingungen unseres Zusammenlebens verändert haben. Menschen leben länger. Manche arbeiten länger gern und gut. Andere schaffen nicht einmal die bisherige Regelaltersgrenze. Lebensläufe sind brüchiger geworden. Gesundheit ist ungleich verteilt. Arbeit hat sich verändert. Junge Menschen zweifeln daran, ob alte Sicherheitsversprechen für sie noch gelten. Ältere Menschen fürchten, dass ihre Lebensleistung entwertet wird.

Vor diesem Hintergrund reicht es nicht, nur an Beitragssätzen, Eintrittsaltern und Finanzierungsmodellen zu drehen. Wir brauchen eine Erzählung, die Würde und Wirklichkeit zusammenhält. Eine Erzählung, in der Reform nicht heißt: Wir räumen ab, was zu teuer geworden ist. Aber auch nicht: Wir verteidigen alles, was einmal versprochen wurde. Reform hieße dann: Wir beginnen neu innerhalb der bestehenden Institutionen.

Das ist vielleicht der wichtigste Punkt. Neuanfang bedeutet nicht Zerstörung. Nicht jede alte Institution ist ein Hindernis. Rentenversicherung, Sozialstaat, Verwaltung, Rechtsordnung — all das sind gewachsene Formen gemeinsamer Verantwortung. Sie tragen Erfahrung, Schutz und Verlässlichkeit in sich. Aber sie dürfen nicht erstarren. In ihnen müssen Anfangsräume entstehen.

Richard Hartmann hat einmal sinngemäß (Im Hinblick auf Kirchenrecht) gesagt: ausprobieren, erproben und dann rechtlich ordnen. Vielleicht müsste man heute (mit Blick auf den Staat)

ergänzen: und fiskalisch ordnen. Nicht, weil Recht und Finanzen unwichtig wären. Sondern weil sie nicht die Zukunft ersetzen können. Sie können nur ordnen, was sich im Leben als tragfähig erweist.

So gesehen ist Empfehlung 10 mehr als eine rentenpolitische Einzelheit. Sie ist eine Probe. Können wir ein Instrument, das auch sparen helfen soll, so gestalten, dass es zuerst den Menschen sieht? Können wir eine Reform so begleiten, dass Kritik und Zustimmung nicht sofort in alte Lager zerfallen? Können Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Rentenversicherung öffentlich als Fachleute eines neuen bürgerorientierten Verwaltungshandelns erscheinen? Können Betroffene erleben, dass ihr Fall nicht gegen sie verwaltet wird, sondern mit ihnen verstanden wird?

Wenn das gelingt, gewinnen nicht Regierung oder Opposition. Dann gewinnen wir gemeinsam. Dann kommen wir eine Runde weiter.

Nicht bis zum Endspiel. Nicht zur fertigen Gesellschaft von morgen. Aber zu einem nächsten Spiel, in dem wir besser wissen, worauf es ankommt: auf eine Politik, die rechnen kann, ohne den Menschen zu verlieren; auf Institutionen, die lernen können, ohne sich selbst abzuschaffen; auf Leitung, die nicht alles weiß, aber die Fäden zusammenhält; und auf eine Gesellschaft, die ihre Zukunft nicht mehr aus alten Versprechen ableitet, sondern aus offenen Anfängen.

Vielleicht ist das am Ende der eigentliche Sinn dieses Tages. Während draußen die Vorrunde läuft, wird innen eine andere Vorrunde gespielt. Die Frage lautet nicht: Wer setzt sich durch? Die Frage lautet: Sind wir noch gemeinsam spielfähig?

Eine Runde weiter wären wir, wenn wir diese Frage nicht nur stellen, sondern politisch aushalten.